

**Fritz Reinert (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien Brandenburgs 1945–1950, Verlag Hermann Böhlhaus Nachf., Weimar 1994, 434 S.**

Nachdem die Sitzungsprotokolle des am 14. Juli 1945 in Berlin eingesetzten zentralen Einheitsfrontausschusses bereits 1986 veröffentlicht wurden, dokumentiert die von Fritz Reinert bearbeitete Edition den Funktionswandel des am 22. November 1945 gebildeten „Antifaschistisch-demokratischen Einheitsblocks Provinz Mark Brandenburg“. Der Provinzialblockausschuß (seit 1947: Landesblockausschuß) sollte die Parteienkooperation institutionalisieren, die vor allem durch die Not der Nachkriegszeit, die Probleme der wirtschaftlichen Rekonstruktion und das Ziel des politischen Neuaufbaus nach der nationalsozialistischen Terrorherrschaft und dem Ende des „Dritten Reiches“ gefördert wurde.

So erklärten die im Provinzialblockausschuß vertretenen Politiker der KPD, SPD, Ost-CDU und der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) schon in der konstituierenden Sitzung dieses Gremiums einmütig ihre „Bereitschaft zur engsten Zusammenarbeit“ (S. 5). Damit grenzten sich alle Parteien schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit deutlich vom zu differenzierten Parteienspektrum der Weimarer Republik ab. Die „Blockpolitik“ war deshalb von integrativ-harmonistischen Politikvorstellungen geprägt. So waren „Parteihader und Zersplitterung“ (S. 368) durchweg negative Bezugsgrößen, die in den späten vierziger Jahren maßgeblich zur Durchsetzung des Herrschaftsmonopols der SED – auch im brandenburgischen Landesblockausschuß – beitrugen.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit beherrschten jedoch die Folgen der nationalsozialistischen Herrschaft und die alle Lebensbereiche durchdringende Not die Beratungen im Provinzialblockausschuß. Da besonders die Lebensmittelversorgung gesichert und der Hunger beseitigt werden mußte, trat der Ausschuß

in Brandenburg für die Überwachung und Förderung der Agrarproduktion ein. Darüber hinaus wurden Hilfsleistungen für die Flüchtlinge und Vertriebenen sowie Maßnahmen zur Beseitigung der Schäden nach dem Bruch der Oederdämme im Frühjahr 1947 initiiert. Die sozioökonomische Transformation – vor allem durch die Bodenreform, die Ent eignungen in der Industrie und den Neuaufbau des Schulsystems – wurde von Politikern der KPD bzw. SED im Provinzialblockausschuß nachdrücklich begrüßt, aber auch von den Repräsentanten der CDU und LDP grundsätzlich befürwortet. Der Strukturwandel, der von der SED mit massiver Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht vorangetrieben und in Brandenburg besonders vom 1. Vizepräsidenten der Provinzialverwaltung sowie den Innenministern Bechler und (seit September 1949) Lentzsch durchgesetzt wurde, entzog sich jedoch weitgehend der Kontrolle durch den Landesblockausschuß. Auch die Vereinigung von KPD und SPD wurde in dem Gremium nicht diskutiert.

Die Edition verdeutlicht, daß der Landesblockausschuß seit 1947 zunehmend zu einem Herrschaftsorgan des sich etablierenden kommunistischen Regimes wurde. Im Juni 1947 forderte die SED von den Politikern der LDP und CDU apodiktisch die Zustimmung zu einer Resolution zur Münchener Ministerpräsidentenkonferenz, und im Juli setzten ihre Vertreter die Aufnahme von Funktionären des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und anderer gesellschaftlicher Organisationen wie der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe in den Blockausschuß durch. Gegen den Widerstand der CDU und der LDP, die eine Stärkung der SED durch eine Erweiterung des Gremiums ablehnten, wurden seit September 1948 auch Vertreter der neugebildeten National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) an den Beratungen des Landesblockausschusses beteiligt. Darüber hinaus verschärfen sich Ende 1947

die schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit wiederholt aufgetretenen Konflikte zwischen der SED und den bürgerlichen Parteien über personalpolitische Entscheidungen in der brandenburgischen Provinzial- bzw. Landesverwaltung deutlich.

1949/50 wurde die Transformation des Landesblockausschusses abgeschlossen, indem die SED ihre Politik der „Nationalen Front“ ebenso durchsetzte wie Einheitslisten für die Volkskammerwahl 1950. Auch der Widerstand der CDU und der LDP gegen die aggressive Distanzierung der SED von der Politik in Westdeutschland brach zusammen. Zugleich verstärkten sich die Eingriffe in die Personalstruktur der bürgerlichen Parteien und in die Auswahl ihrer Kandidaten für Mandate. Dabei wurde die Entnazifizierung vollends zu einem Instrument der Herrschaftspolitik. So erklärte der brandenburgische SED-Spitzenfunktionär Kurt Seibt im Landesblockausschuß im Juli 1949: „Es ist für uns nicht mehr so entscheidend, was der Betreffende in der Vergangenheit war, sondern wie er sich heute bewährt hat, wie seine demokratische Zuverlässigkeit und Einstellung ist“ (S. 260). Schon bevor führende Politiker der CDU wie der stellvertretende Landesverbandsvorsitzende Peter Bloch Anfang 1950 nach einer von der SED systematisch forcierten politischen Kampagne entmachtet wurden, hatten sich in der Partei „Lethargie“ und „Lustlosigkeit“ verbreitet, wie der 1. Vorsitzende der CDU in Brandenburg, Karl Grobbel, im Juli 1949 klagte (S. 248).

Mit der Edition der Protokolle des Landesblockausschusses liegt ein verdienstvolles Werk vor, das sowohl die Notlage und den beginnenden Wiederaufbau in der Sowjetischen Besatzungszone veranschaulicht als auch exemplarisch die Entwicklung zur Einparteiensherrschaft der SED in den späten vierziger Jahren dokumentiert. Die Beratungen des Ausschusses spiegelten aber den Verlauf des politischen und gesellschaftlichen Wandels weitgehend nur wider;

die Ursachen und Triebkräfte der Transformation treten deshalb in den Protokollen kaum hervor. So finden sich in der Dokumentation nur wenige Hinweise auf die Rolle der sowjetischen Besatzungsorgane. Insgesamt aber vermittelt die Edition Einsichten und Erkenntnisse zu vielen, auch weiterhin kontrovers diskutierten Themenfeldern der zeithistorischen Forschung. Die Vielzahl der Annotierungen, die freilich gelegentlich überflüssig sind (z. B. zu Adolf Hitler, S. 4, Anm. 2), und die Einleitung *Reiners* vermitteln dazu umfassendes Kontextwissen. Leider schränkt der Verzicht auf ein Sachregister den Wert der ansonsten vorbildlichen Edition ein.

Arnd Bauerkämper

**Heinz Sproll, Französische Revolution und Napoleonische Zeit in der historisch-politischen Kultur der Weimarer Republik. Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht 1918–1933, Verlag Ernst Vögel, München 1992 (= Schriften der Philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg; Nr. 42), 414 S.**

**Axel Koppetsch, 1789 aus zweierlei Sicht. Die Französische Revolution als Gegenstand nationaler Rezeptionsgeschichten in der französischen und deutschen Schulbuchhistoriographie seit 1870, Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt am Main 1993 (= Studien zur internationalen Schulbuchforschung, Bd. 79), 491 S.**

Die Interpretation des historischen Ereignisses „Französische Revolution“ offenbart das jeweils gegenwärtige Weltverständnis des Interpreten. Geht man von diesem Diktum aus – und beide Arbeiten tun dies – so kann unterstellt werden, daß die Revolutionsinterpretationen, die in die Schulgeschichtsbücher Eingang gefunden haben, sowohl Widerspiegelungen des Zeitverständnisses von „Revolution“ sind wie auch Mittel zur